



Der Baumeister der Wiedervereinigung ist tot
Wolfgang Schäuble starb 81-jährig. Er stellte auch die Weichen für Angela Merkel

NACHRUF 4

APA / LISI NIESNER

ENDLICH ZUHAUSE **ORAG** oerag.at
Immobilien | Seit 1871

KURIER

UNABHÄNGIGER JOURNALISMUS FÜR ÖSTERREICH

Donnerstag
28. Dezember 2023
Nr. 357 / 2,50 €

KURIER.at

Gremium für teure Arzneien wird Fall für den Volksanwalt

Patienten sind empört. Es geht vor allem um die Genehmigung von Krebstherapien **POLITIK 7**

Lobau-Tunnel: ÖVP macht Druck auf Gewessler

Brief an Ministerium.

Jetzt führt der aktuelle Baustopp für den Straßentunnel unter der idyllischen Lobau zu einem Konflikt innerhalb der türkis-grünen Bundesregierung. Während Infrastrukturministerin Leonore Gewessler (Grüne) auf eine strategische Prüfung des Projekts setzt, die am Ende dazu führen soll, dass der Lobau-Tunnel aus dem Bundesstraßengesetz gestrichen wird, verlangt Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) das Gegenteil. Er will, dass das Infrastrukturministerium und die Straßenbaugesellschaft Asfinag gesetzeskonform handeln und dementsprechend das Projekt umsetzen. Das wurde jetzt in einem Brief an das Infrastrukturministerium deponiert. Im Bauprogramm der Asfinag sind derzeit keine Baukosten für diesen S1-Lückenschluss abgebildet.

POLITIK 6



Der geplante Straßentunnel unter der idyllischen Lobau ist weiterhin ein Zankapfel der Politik

STUNNING MEDIA/ISTOCKPHOTO

Wien **K**



JUERG CHRISTANDL

Trio übt für sein Neujahrskonzert

Nur zu dritt. Das „Wiener Kabinett Orchester“ wird nach dem Jahreswechsel das „kleinste Neujahrskonzert der Welt“ geben.

SEITE 15

Nachprüfung für E-Scooter

Verkehr. Bei einer Überprüfung der E-Scooter-Betreiber hat die Stadt Wien zahlreiche Mängel festgestellt. Die Strafe für falsch abgestellte Roller wurde verdoppelt.

SEITE 17

LOTTO

6 aus 45 27. 12. 2023

17 27 30 32 37 44 41

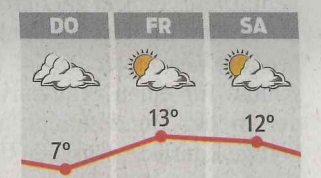
KEIN GER: VIERFACHJACKPOT

LottoPlus

2 3 25 26 29 40

Joker: 6 2 1 4 9 6

ALLE ANGABEN OHNE GEWÄHR



Trüb. Zäher Frühnebel, auch später kaum Sonne.

WETTER 2

Börse 10

Auszeit 22

Radio- und Fernsehtipps 26

Mitgemeint

A. S.

Da kann die Welt rundum untergehen oder das Herz im Urlaubs- und Kaufrausch aufgehen – ein Thema beschäftigt immer: Darf man noch bewirten, oder muss man auch bewirtinnen? Ist Gästin Unfug oder schon bei den Brüdern Grimm nachzuschlagen? Wie gendert man kaufmännisch? Und gibt es neben dem Sündenbock auch die Sündengeiß?

Den Autor dieser Zeilen erreichte ein Agentur-Schreiben zum Thema „Unterdurchschnittlicher Fraueneinfluss im deutschen Bundestag“, mit der Anrede „Sehr geehrter Schwarz“. In Zeiten von Gender ist Herr überschätzt.

Fragt sich umgekehrt, wieso man heute überhaupt noch jemanden siezen darf. Warum man nicht erzt und eszt. Der Grammatiker und die Grammatikerin im Schlausein sagen nun natürlich zu Recht, dass das Sie im Per-Sie-Sein von der dritten Person Plural kommt, da sind Er und Es ja mitgemeint. Aber „mitgemeint“, steht das nicht ganz oben auf dem Gender-Index? andreas.schwarz@kurier.at

8,4 Prozent mehr Gehalt für Handelsangestellte

KV-Abschluss ohne Einmalzahlung

Kollektivverträge. Nach mehr als zwei Monaten haben sich Gewerkschaft und Arbeitgeber doch noch auf einen neuen Kollektivvertrag für mehr als 430.000 Handelsangestellte geeinigt. Der KV-Abschluss sieht ab 1. Jänner eine gestaffelte Gehaltserhöhung zwischen 8,3 und 9,2 Prozent vor. Im Schnitt steigen die Gehälter um 8,4 Prozent. Die Lehrlingseinkommen werden gleich um 10 Prozent erhöht, damit die Branche für Jugendliche attraktiver

Die Gewerkschaft, die im Vorfeld mit Warnstreiks Druck auf die KV-Verhandlungen machte, freute sich darüber, die vorgeschlagenen Einmalzahlungen verhindert zu haben. Diese wären auf längere Sicht ein riesiges Verlustgeschäft gewesen, sagte GPA-Chefverhandlerin Helga Fichtinger. Enttäuscht zeigte sie sich, dass es keine Bereitschaft zu einer Arbeitszeitverkürzung gegeben habe. Arbeitgeber-Chefverhandler Rainer Trefelik verwies darauf, dass

KURIER
An alle, die ans Weiterkommen denken!
Job & Business
Club der Prüfaufsteiger
Online auf: **job.kurier.at**

GRÜN BECK
interior sale

Wien 5, Margaretenstr. 93
Kundenparkplätze im Hof
Tel.: 01/ 544 83 39

WIRTSCHAFTS-AT-001

Reform wird Fall für den Volksanwalt

Gesundheit. Patientenvertreter laufen gegen das Bewertungsboard für teure Medikamente Sturm. Sie kritisieren, dass der runde Tisch zum Thema viel zu spät kommt und suchen Hilfe bei der Volksanwaltschaft

VON JOSEF GEBHARD

Noch rechtzeitig im alten Jahr passierte die Gesundheitsreform von Minister Johannes Rauch (Grüne) den Nationalrat. Mit ihr soll unter anderem die niedergelassene Versorgung verbessert werden.

Ein Punkt wird aber auch 2024 noch für heftige Kontroversen sorgen: Das geplante Bewertungsboard für neue, besonders teure Medikamente, die vor allem zur Behandlung von Krebspatienten in den Spitälern zum Einsatz kommen. Das Gremium soll erstmals bundesweit einheitliche Empfehlungen zur Anwendung solcher Therapien erstellen.

Seit Monaten laufen – wie berichtet – Patientenvertreter aber auch Ärzte dagegen Sturm. Sie befürchten, dass künftig rein ökonomische Überlegungen entscheiden, ob derartige Mittel zum Einsatz kommen oder dass es durch den Entscheidungsprozess des Boards zu Verzögerungen in der Behandlung selbst kommt.

Nachdem das Ministerium trotz dieser Einwände an seinen Plänen festhält, wendet sich der Bundesverband Selbsthilfe Österreich nun sogar an die Volksanwaltschaft. „Unser Unverständnis und unsere Enttäuschung, dass das Wohl und der Wille der Betroffenen nicht berücksichtigt und wir in den Gesetzeswerdungsprozess nicht eingebunden wurden, ist groß“, heißt es in dem Schreiben, das dem KURIER vorliegt.

Breite Ablehnung

Die Patientenvertreter sprechen darin von einer breiten Phalanx an Institutionen, die ihre Bedenken teilen würden. Darunter die Krebshilfe, aber auch Arbeiterkammer, ÖGB und Wirtschaftskammer.

Nicht besänftigen lässt sich die Vorsitzende Angelika Widhalm durch den von Rauch kurzfristig einberufenen runden Tisch, bei dem die Skeptiker ihre Bedenken



Mit dem Bewertungsboard soll der Einsatz neuer, extrem teurer Medikamente bundesweit einheitlich geregelt werden



„Es kann nicht sein, dass ich als Patient erst auf die Entscheidung des Bewertungsboards warten muss“

Angelika Widhalm
Selbsthilfe Österreich

äußern dürfen. Der Minister hatte ein solches Treffen bereits am 11. Dezember angekündigt. Nun habe sich herausgestellt, dass der Runde Tisch erst am 9. Jänner, also Wochen nach dem Beschluss der Gesundheitsreform, stattfindet. Dies sei ein „sehr unfreundlicher Akt gegenüber der Bevölkerung“ und „alles andere als demokratisch“, ärgert sich Patientenvertreterin Widhalm.

Für sie ist zwar nachvollziehbar, dass man eine Vereinheitlichung der Versorgung anstrebt. Denn: Es müsse verhindert werden, dass Patienten in andere Bundesländer ausweichen müssten, um solche Behandlungen zu bekommen. „Eine Reform müsste aber anders umgesetzt werden: Es kann nicht sein, dass ich als Patient erst auf die Entscheidung des Bewertungsboards warten muss, wenn ich dringend eine bestimmte Therapie benötige.“

Für Widhalm ist die Anrufung der Volksanwaltschaft ein erster Schritt, dem weitere Protestmaßnahmen oder eventuell sogar rechtliche Maßnahmen folgen könnten.

„Der enorme Unmut der Patientenvertretungen, der Sozialpartner bis hin zur behandelnden Ärzteschaft zeigt, dass Rauch bei diesem Gesetz nachjustieren muss“, sagt auch Oliver Brosch, Generalsekretär der Gesundheitsplattform Praevenire.

Im Gesundheitsministerium verteidigt man einmal

mehr das Board: „Dieses Vorgehen ist international üblich und schafft mehr Transparenz und Fairness“, sagt eine Sprecherin. Die zu evaluierenden Medikamente seien bereits zur Behandlung zugelassen – „es entsteht also

keine Verzögerung in der Behandlung“.

Das Board, das im ersten Halbjahr 2024 seine Arbeit aufnehmen soll, bewerte auch keine individuellen Krankheitsfälle, sondern evaluiere allgemein den Einsatz

eines neuen Medikaments. Ziel sei der gleiche Zugang aller Patienten zu innovativen Arzneimitteln. Wie alle Maßnahmen der Gesundheitsreform soll auch das Bewertungsboard in den kommenden Jahren evaluiert werden.

Fakten

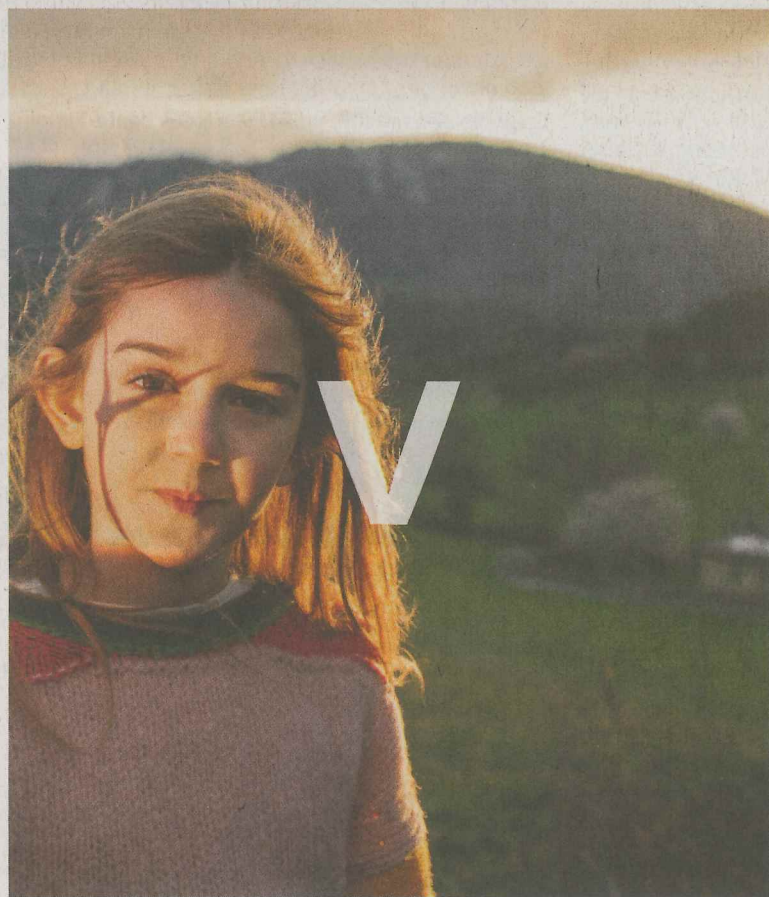
Gesundheitsreform
Im Zuge des Finanzausgleichs haben Bund und Länder eine Neuaufstellung des Gesundheitssystems ausverhandelt

Elemente
Ausbau der Versorgung im niedergelassenen Bereich, Ausbau von Fachambulanzen und Tageskliniken in den Spitälern, mehr digitale Angebote für Patienten

5,5

Milliarden Euro sollen für die Gesundheitsreform bis Ende 2028 aufgebracht werden

Die Zukunft braucht mehr grünen Strom.



Darum investieren wir in mehr erneuerbare Energie.

Wir alle leisten einen Beitrag zur Energiewende, indem wir fossile Brennstoffe durch grünen Strom ersetzen. Deswegen investieren wir bei VERBUND in die Erzeugung und Verteilung von immer mehr grünem Strom. Denn es ist wichtig, dass er überall bereitsteht, wo er gebraucht wird. Gemeinsam sind wir die Kraft der Wende.

Verbund

Überblick

WEITERE MELDUNGEN

Gefährder-Beratung verfassungskonform

Häusliche Gewalt. In Fällen von häuslicher Gewalt ist seit 1. 9. 2021 für Gefährder, gegen die ein Betretungs- und Annäherungsverbot ausgesprochen wird, eine Gewaltpräventionsberatung vorgesehen. Die entsprechende Novelle des Sicherheitspolizeigesetzes war Teil des von der Regierung beschlossenen Gewaltschutz-Maßnahmenpakets. Nun hat der Verfassungsgerichtshof (VfGH) entschieden, dass keine Bedenken gegen die gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme an der Beratung bestehen. Es handle sich um



Edtstadler will für Europa werben

EU. Was die EU-Wahl angeht, vermutet ÖVP-Europaministerin Karoline Edtstadler, dass es die Regierungsparteien schwer haben werden. Dass Österreich laut Eurobarometer den letzten Platz bei der Zustimmung zur EU einnimmt, habe sie nachdenklich gemacht und dazu bewogen,

Mehr Forschung zu Long Covid

Gesundheit. Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) setzt im Umgang mit Corona und den gesundheitlichen Folgen auf Forschung und Weiterentwicklung der Behandlungsmöglichkeiten. Dies betreffe die akute Erkrankung und Langzeitfolgen. Generelle Maßnahmen oder Verordnungen der türkis-grünen Regierung wird es „Stand heute“ keine mehr geben, wiederholte er im Gespräch mit der APA. „Man kann einfach nicht sagen, es existiert kein Long Covid oder ME/CFS ist eine Erkrankung, die nur eine